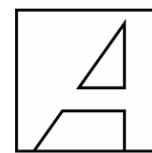




MKAS - Newsletter



Konrad
Adenauer
Stiftung

50 Jahre Kompetenz weltweit

Mazedonien im August 2006

Proteste der DUI

Die neue Regierung hat ihre Arbeit aufgenommen

Prioritäten und Vorhaben der neuen Regierung

Ljube Boškoski beschuldigt das Haager Tribunal

Fünfter Jahrestag des Rahmenabkommens von Ohrid

Kurznachrichten





Proteste der DUI

Seit feststeht, dass die Demokratische Union für Integration (DUI) nicht in die neue Regierung einbezogen wird, tut diese Partei in verschiedenen Protestaktionen ihren Unmut darüber kund. Eine Aufforderung des Präsidenten Branko Crvenkovski, innerhalb ihrer neuen Rolle als Oppositionspartei zu agieren, hat die DUI zurückgewiesen. Bei der Partei und ihren Anhängern herrscht die Meinung vor, der neue Premierminister Gruevski habe die Mehrheit der albanischen Wähler übergangen und sei deshalb für sie nicht annehmbar. In den Gemeinden, die von der DUI angehörenden Bürgermeistern verwaltet werden, wurde die mazedonische Fahne am 2. August, dem Nationalfeiertag, nicht gehisst, was inoffiziell als Beginn eines Boykotts der Staatsfahne interpretiert wurde. Die stellvertretende Vorsitzende der DUI Teuta Arifi gab



bekannt, dass dieselben Gemeinden die neue Regierung nicht respektieren und ihr die Zusammenarbeit verweigern würden. Eine Woche lang organisierte die Partei in Nordwestmazedonien täglich Straßenblockaden, die jeweils vormittags eine halbe Stunde lang anhielten. Dadurch wurde der Verkehr auf den Hauptverkehrsachsen und innerhalb Skopjes lahm gelegt. Bei den Blockaden wurden einige Fahrzeuge beschädigt. Rafiz Aliti (Bild rechts), Stellvertretender Vorsitzender der DUI, gab zu, dass durch die Strassenblockaden das Gesetz über Proteste, das durch die Koalitionsregierung von SDSM



und DUI verabschiedet worden war, verletzt werde, aber dass hier der Wille von 120 000 Wählern ausgedrückt werde, der schwierig zu kontrollieren sei. Vor dem Gerichtsgebäude in Skopje protestierten jeweils rund 150 Aktivisten. Der EU-Botschafter Erwan Fouéré und die amerikanische Botschafterin Gillian A. Milovanovic begannen eine diplomatische Vermittlungskampagne.



Die Partei für Demokratische Prosperität (PDP) beschloss eines dahingehenden Verhandlungsangebots von Seiten der VMRO-DPMNE, der Regierung nicht beizutreten und in der Wahlkoalition mit der DUI zu verbleiben. Nach einer zweitägigen Bedenkause gesellte sich die Partei zu den Protesten der DUI. Nachdem in beiden Parteien überlegt worden war, die Parlamentsmandate zurückzugeben, boykottierten die siebzehn Abgeordneten die Parlamentssitzung am 25. August, während vor dem Parlamentsgebäude einige Tausend Anhänger der DUI gegen die aus ihrer Sicht illegitime Regierung protestierten.

EU-Botschafter Fouéré zeigte sich trotz allem optimistisch, indem er bekannt gab, dass er für die bevorstehende Legislaturperiode eine gute Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition erwarte. Die EU unterstütze nun den Dialog zwischen den Parteien, die die Wahlen gewonnen hätten, egal ob sie sich in der Opposition oder in der Regierung befänden. Die Entscheidung, welche Parteien zur Regierung gehörten, liege bei Gruevski. Durch diese Aussage hat Fouéré gezeigt, dass er sich von seiner anfänglich deutlichen Unterstützung der Aufnahme der DUI in die



Regierung distanziert hat, die ihm mitunter scharfe Kritik einbrachte. Es sei jedoch sehr wichtig, dass die Regierung mit der Opposition in einen Dialog trete, um der Unterstützung bei den für einen EU-Beitritt nötigen Reformen sicher zu sein, meinte Fouéré.

Die neue Regierung hat ihre Arbeit aufgenommen

In einer Marathonsitzung, die am 25. August um elf Uhr begann und spät am darauf folgenden Tag endete, wurden die neuen Minister mit 68 der 120 möglichen Stimmen vom Mazedonischen Parlament gewählt (22 Gegenstimmen, keine Enthaltungen). Die Abgeordneten der DUI und der PDP nahmen nicht an der Sitzung teil.

Die neue Regierung zählt 21 Minister: den Premierminister mit vier Stellvertretern, vierzehn Minister und drei Minister ohne Geschäftsbereich. Das Durchschnittsalter der neuen Minister beträgt 37 Jahre. Die sehr gute Ausbildung, die die Minister im In- und Ausland genossen haben, sowie ihre Fachkenntnisse werden in der Öffentlichkeit als Vorteile ausgelegt, ihre teilweise politische Unerfahrenheit als Nachteil betrachtet.

Nikola
Gruevski,
VMRO-
DPMNE

Premier-
minister



Gabriela
Koneska
Trajkoska,
parteilose
Expertin, von
der VMRO-
DPMNE
nominiert



Zoran
Stavrevski,
parteiloser
Experte,
von der
VMRO-
DPMNE
nominiert

Stellvertretende
Premierministerin für EU-Integration

Stellvertretender
Premierminister für Wirtschaft



Imer Selmani,
DPA

Gordana
Jankulovska,
VMRO-
DPMNE



Innenministerin



Antonio Milošoski, VMRO-
DPMNE

Außenminister

Gesundheitsminister und
Stv. Premierminister für die
Implementierung des
Rahmenabkommens von Ohrid

Neben Imer Selmani stellt die DPA drei weitere Minister: Ilirian Beqiri, Kulturminister; Imer Aliu, Minister für Umweltschutz und Raumplanung, und Sulejman Rushiti, Minister für Bildung und Wissenschaft. Aus den Reihen der VMRO-DPMNE stammen – neben Premier Gruevski, Außenminister Milošoski und Innenministerin Jankulovska – Finanzminister Trajko Slaveski,



Stellvertretender Vorsitzender der Partei, Zoran Konjanovski, Minister für lokale Selbstverwaltung, und der mit 27 Jahren jüngste Minister in Gruevskis Regierung, Mile Janakievski, der für Transport und Kommunikation zuständig ist.



Die Parteien, die mit der VMRO-DPMNE eine Wahlkoalition eingegangen waren, haben zwei Ministerien und einen Minister ohne Geschäftsbereich erhalten: Aco Spasenovski von der Sozialistischen Partei ist Landschaftsminister, Ljupčo Meškov (Bild) von der Liberalen Partei Arbeits- und Sozialminister, und Adnan Kjahil, Vorsitzender der Partei der Türken in Mazedonien, belegt ein Ministeramt ohne eigenes Ressort. Die Neue Sozialdemokratische Partei NSDP ist mit Verteidigungsminister Lazar Elenovski, Wirtschaftsministerin Vera Rafajlovska und Živko Jankulovski, Stellvertretender Premierminister für Landwirtschaft und Bildung, in der Regierung vertreten.

Bei Justizminister Mihaljo Manasevski handelt es sich wie bei den Stellvertretenden Premierministern für EU-Integration und Wirtschaft, Koneska Trajkoska und Stavrevski, um einen parteilosen Experten, der von der VMRO-DPMNE nominiert wurde. Die beiden Minister ohne Geschäftsbereich Gligor Tašković (Bild) und Vele Samak, ebenfalls parteilos, wurden aus der amerikanischen Emigration ins Land zurück geholt, um mit ausländische Investitionen die mazedonische Wirtschaft anzukurbeln. Tašković hat denn auch angekündigt, Mitte September den ersten neuen Investor in Mazedonien zu präsentieren.



Bereits wenige Tage nach ihrer Wahl traf die neue Regierung in ihrer ersten Sitzung die Entscheidung, die Mehrwertsteuer für landwirtschaftliche Rohmaterialien und Ausrüstung von 18 auf fünf Prozent zu senken.

Prioritäten und Vorhaben der neuen Regierung

Schwerpunkte sind eine allgemeine Verbesserung des Lebensstandards, die Verringerung der Arbeitslosigkeit, eine schärfere Bekämpfung der Korruption, die weitere Demokratisierung, die Verbesserung der interethnischen Beziehungen, die politische Stabilität des Landes sowie EU- und NATO-Integration. Auf dem Gebiet der Wirtschaft, die von der VMRO-DPMNE während des Wahlkampfes stark favorisiert wurde, werden ökonomische Freiheit, gleiche Arbeitsbedingungen für alle, eine dynamische Umsetzung der Strukturreformen und eine enge Zusammenarbeit des Staates mit der Privatwirtschaft angestrebt. Auch die vollständige Implementierung des Rahmenabkommens von Ohrid und die Erfüllung der Bedingungen für einen Beitritt zu EU und NATO sollen prioritär behandelt werden.

Die Minister, die auf dem Gebiet der Wirtschaft tätig sein werden, kündigten wettbewerbsfähigere Produkte, eine wirtschaftsfreundliche Umgebung, die Ankurbelung des Privatsektors und die Senkung öffentlicher Ausgaben und Steuern an. Ein jährliches Wirtschaftswachstum von sechs bis acht Prozent wird angepeilt. Eine Umfrage des Zentrums für Forschung und Politische Entwicklung in Skopje hat ergeben, dass über 80 Prozent der mazedonischen Bevölkerung von der neuen Regierung eine Verbesserung der Wirtschaftslage erwarten. In einer Rangliste der Prioritäten, die die Befragten an die neue Regierung stellen, figuriert die wirtschaftliche Entwicklung zuoberst, gefolgt von der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Armutsbekämpfung.



Ljube Boškoski beschuldigt das Haager Tribunal



Der wegen Kriegsverbrechen während des Bürgerkriegs 2001 angeklagte ehemalige mazedonische Innenminister Ljube Boškoski (Bild) bezichtigt die Ankläger in Den Haag, ihn schlecht zu behandeln und zu stigmatisieren. Die Beschwerde von Boškoskis Anwältin Edina Rašidović, laut der die Anklage sogar an der neu gewählten mazedonischen Regierung zweifle, eröffnete eine weitere Diskussion: Boškoski könne nun, da diejenige Partei an der Macht seien, denen er angehört habe, nicht gegen Kaution entlassen werden, da die Zusammenarbeit mit dieser Regierung nicht garantiert sei. Daraufhin sandte Boškoskis Verteidigung der Anklage eine Ausgabe des Parteiprogramms der VMRO-DPMNE „Wiedergeburt in 100 Schritten“ auf Englisch, in der unter anderem die Abschnitte über die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal unterstrichen waren. Auch die Partei selbst wies die Vorwürfe der nationalistischen Ideologie und der Verweigerung einer Zusammenarbeit mit Den Haag zurück und versicherte, die Implementierung eines Gesetzes über die Zusammenarbeit mit dem Tribunal in Erwägung zu ziehen. Mittlerweile wurde zudem bekannt, dass Boškoskis Gesundheitszustand sich verschlechtert habe.

Fünfter Jahrestag des Rahmenabkommens von Ohrid

Am 13. August 2001 wurde durch die Unterzeichnung des Rahmenabkommens von Ohrid der Bürgerkrieg zwischen ethnischen Albanern und Mazedoniern beigelegt. Die DUI um ihren Vorsitzenden Ali Ahmeti, der während des Krieges Kommandant der Nationalen Befreiungsarmee der Albaner gewesen war, beging den Fünfjahrestag des Abkommens in Raduša, einem Dorf in der Nähe von Skopje. Ahmeti habe dabei die Worte geäußert: „...*Regierungen kommen und gehen, aber die albanische Fahne wird immer über diesen durch das Blut der Kämpfer der Nationalen Befreiungsarmee eroberten Gebieten wehen. Mazedonien kann nur vorwärts schreiten, wenn beide Völker respektiert werden...*“. Die Partei veranstaltete eine weitere Feier in Ohrid, der unter anderem auch der Parlamentssprecher Ljubiša Georgievski, der Stellvertretende Vorsitzende der VMRO-DPMNE Trajko Slaveski und Radmila Šekerinska, abtretende Stellvertretende Premierministerin für EU-Integration beiwohnten. Von der DPA war niemand zugegen. Alle Redner lobten das Rahmenabkommen.

Javier Solana bedachte derweil den Fünfjahrestag mit der Aussage, das Abkommen von Ohrid habe nicht nur den Frieden in Mazedonien sichergestellt, sondern auch einen sicheren, stabilen und dynamischen Prozess eingeleitet, der das Land Richtung Europa führe.

Kurznachrichten

- Der schon seit längerer Zeit kranke Vorsitzende der DPA Arben Xhaferi (Bild) gab seinen allmählichen Rückzug aus der Politik bekannt, nannte aber betreffend seine Nachfolge keine Namen.
- Die Europäische Kommission hat nicht erlaubt, dass Bulgarien die hochprozentigen Alkoholika *rakija* und *mastika* als nationale Produkte registrieren kann. Es werden nicht nur bulgarische, sondern auch mazedonische Produkte unter diesen Bezeichnungen gehandelt. Schon der traditionelle *ajvar*, eine aus Paprikaschoten hergestellte Speise, die in Mazedonien als Nationalgericht gilt, wurde von Slowenien als slowenisches Produkt registriert.





- 324.695 Bürger Mazedoniens zwischen fünfzehn und 65 waren im Juni laut Arbeitsamt auf Stellensuche, unter ihnen sind 140.305 Frauen. Seit Anfang Jahr ist gemäß Arbeitsamt die Zahl der Arbeitslosen um über 35 000 gesunken.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Außenstelle Skopje

Zusammengestellt:
Tiina Fahrni

Verantwortlich:
Ulrich Kleppmann

05.09.2006